Kleine Anfrage

des Abg. Reinhold Pix GRÜNE

und

Antwort

**des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Weiterentwicklung der Förderung im Weinbau in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um gegen die neue Regelung vorzugehen, Backpulver nur noch als Pflanzenschutzmittel und nicht mehr als Grundstoff auszubringen?
2. Inwieweit setzt sich das Land auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass Bio-Betriebe trotz der Einstufung von Backpulver als Pflanzenschutzmittel dieses weiterhin als Wirkstoff im Weinbau verwenden dürfen?
3. Welche Schritte unternimmt das Land gemeinsam mit dem Bund, um den Prozess der Notfallzulassung von Kaliumphosphonat auf EU-Ebene zu beschleunigen (mit der Bitte um Angabe des aktuellen Stands der Notfallzulassung)?
4. Inwiefern gibt es Planungen, den Steillagenweinbau allgemein, mit einem separaten Programm zusätzlich zum Handarbeitssteillagenweinbau, zu fördern?
5. Welche Förderkriterien (Höhe der Förderung, notwendige Hangneigung etc.) werden dafür angedacht?
6. Wann ist mit einer Förderung von Brachflächen im Weinbau zu rechnen?
7. Welche Einzelheiten, wie Förderhöhe, Mindestflächengröße, Mehrjährigkeit der Brachen, Rotationsbrachenmodell, sind bereits bekannt?
8. Inwieweit wirkt das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, nach der Einigung zwischen den Ländern, das Brachen-Förderprogramm auf den Weg zu bringen, auf das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat ein?

12.6.2025

Pix GRÜNE

Eingegangen: 12.6.2025 / Ausgegeben: 11.7.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Der Weinbau befindet sich noch immer in einer angespannten Lage. Es ist daher umso wichtiger Bürokratie abzubauen und die Betriebe zu entlasten. Weitere Belastungen, wie für die Beschaffung von Backpulver, sollten vermieden werden.

Antwort^{*)}

Mit Schreiben vom 27. Juni 2025 Nr. MLRZ-0141-69/50/1 beantwortet das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um gegen die neue Regelung vorzugehen, Backpulver nur noch als Pflanzenschutzmittel und nicht mehr als Grundstoff auszubringen?*
- 2. Inwieweit setzt sich das Land auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass Bio-Betriebe trotz der Einstufung von Backpulver als Pflanzenschutzmittel dieses weiterhin als Wirkstoff im Weinbau verwenden dürfen?*

Zu 1. und 2.:

Natriumhydrogencarbonat ist sowohl als Grundstoff als auch als Wirkstoff mit geringem Risiko zur Verwendung im Pflanzenschutz in der EU genehmigt. Ein Grundstoff wird gemäß Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 definiert als ein Stoff, der nicht direkt als Pflanzenschutzmittel vertrieben wird. In Deutschland ist diese Voraussetzung seit der Zulassung und Vermarktung des Pflanzenschutzmittels NatriSan (Zulassungsnummer 00B282-00) in der Anwendung Wein- und Tafeltrauben (*Vitis vinifera*) nicht mehr erfüllt. Der Anhang II (zulässige Anwendungen) des Bewertungsberichts zu dem Grundstoff Natriumhydrogencarbonat wurde entsprechend angepasst und im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel der Europäischen Kommission am 11. März 2025 zur Kenntnis genommen. Die derzeitige Rechtslage lässt bei der Einordnung von Natriumhydrogencarbonat leider kurzfristig keinen Spielraum zu, da die Regelung auf EU-Ebene getroffen wurde. Aufgrund dessen besteht auf Landesebene keine Möglichkeit, Ausnahmen zu schaffen. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz setzt sich jedoch wegen dieser Problematik beim Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat dafür ein, auf EU-Ebene eine Wiederezulassung von Natriumhydrogencarbonat als Grundstoff zu erwirken. Das MLR hat vorgeschlagen, die Thematik in den von der Europäischen Kommission beabsichtigten Vereinfachungs-Omnibus-Rechtsakt zu integrieren.

- 3. Welche Schritte unternimmt das Land gemeinsam mit dem Bund, um den Prozess der Notfallzulassung von Kaliumphosphonat auf EU-Ebene zu beschleunigen (mit der Bitte um Angabe des aktuellen Stands der Notfallzulassung)?*

Zu 3.:

Der Wirkstoff Kaliumphosphonat ist für eine Anwendung im integrierten Weinbau regulär in verschiedenen Pflanzenschutzmitteln zugelassen. Kaliumphosphonat ist jedoch nicht im ökologischen Weinbau einsetzbar, da der Wirkstoff nicht im Anhang der EU-Öko-Verordnung gelistet ist. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz setzt sich seit mehreren Jahren in Brüssel dafür ein, dass Kaliumphosphonat im ökologischen Weinbau wieder nutzbar ist. Kaliumphosphonat konnte bis zum Jahr 2013 im Öko-Weinbau angewendet werden.

Für eine Anwendung im Öko-Weinbau müssten sowohl die pflanzenschutzrechtlichen als auch die ökorechtlichen Anforderungen erfüllt sein.

^{*)} Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

Deutschland hat im November 2024 auf Basis eines neuen wissenschaftlichen Statusreports des Julius-Kühn-Instituts (JKI) einen Antrag auf die Wiederzulassung von Kaliumphosphonat im ökologischen Weinbau bei der EU-Kommission eingereicht.

Der deutsche Antrag wird derzeit vom sogenannten EGTOP geprüft, einer ständigen Expertengruppe, die zu Aspekten der biologischen Erzeugung berät. Diese soll 2025 eine unverbindliche Empfehlung an die EU-Kommission abgeben.

4. Inwiefern gibt es Planungen, den Steillagenweinbau allgemein, mit einem separaten Programm zusätzlich zum Handarbeitssteillagenweinbau, zu fördern?

5. Welche Förderkriterien (Höhe der Förderung, notwendige Hangneigung etc.) werden dafür angedacht?

Zu 4. und 5.:

Baden-Württemberg wird vorbehaltlich der Genehmigung einer Änderung des GAP-Strategieplans (Gemeinsame Agrarpolitik) ab 2026 die Förderung von Weinbausteillagen im Rahmen des Förderprogramms Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT II) als Teilmaßnahme „Bewirtschaftung von Weinbausteillagen“ anbieten. Die Förderkulisse soll dabei die abgegrenzten anerkannten Weinbausteillagen mit mindestens 30 Prozent Hangneigung abdecken, die nicht in die Landesförderung Handarbeitsweinbau fallen.

Der Fördersatz soll 1 000 Euro je Hektar betragen. Auflagen bei dieser Maßnahme sind u. a. die Einhaltung eines raubmilbenschonenden Pflanzenschutzes und der Erhalt der Trockenmauern.

6. Wann ist mit einer Förderung von Brachflächen im Weinbau zu rechnen?

7. Welche Einzelheiten, wie Förderhöhe, Mindestflächengröße, Mehrjährigkeit der Brachen, Rotationsbrachenmodell, sind bereits bekannt?

Zu 6. und 7.:

Winzerinnen und Winzer können bereits heute die Ökoregelung (ÖR) 1a (Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität) in Anspruch nehmen, indem gerodete Rebflächen als Ackerland begrünt werden oder der Selbstbegrünung überlassen werden. Diese Maßnahme wird zu 100 Prozent aus EU-Mitteln finanziert. Die Flächen müssen mindestens 0,1 Hektar groß sein und können insgesamt bis 8 Prozent der Ackerlandfläche ausmachen. Unter diesen Voraussetzungen kann für bis zu einem Prozent der Ackerfläche eine Förderung von 1 300 € gewährt werden oder für einen Hektar pauschal, wenn die Ackerflächen des Betriebs mehr als 10 Hektar ausmachen.

Entsprechend dem AMK-Beschluss TOP 4 2025/AMK zu leicht umsetzbaren Verbesserungen für unbestockte Rebflächen soll bei der ÖR 1a die 10-Hektar-Beschränkung für die Inanspruchnahme der 1-Hektar-Regelung für Weinbaubetriebe entfallen. Denn viele Weinbaubetriebe haben 10 oder weniger Hektar Acker. Durch Entfallen der Regelung können sie künftig den höchsten Einheitsbetrag für einen ganzen Hektar bekommen. Die konkrete Textänderung ist noch in Erarbeitung und Abstimmung.

Eine mögliche Prämienänderung ist noch in Verhandlung, da die Antragszahlen zu den ÖR deutlich besser als erwartet sind.

Nach aktuellem Stand wird es zunächst auch für die Rotationsbrachen bei einer Prämie von 1 300 €/ha (+ 200 €/ha mit Blühflächenbegrünung) für den ersten Hektar bleiben.

8. Inwieweit wirkt das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, nach der Einigung zwischen den Ländern, das Brachen-Förderprogramm auf den Weg zu bringen, auf das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat ein?

Zu 8.:

Baden-Württemberg unterstützt die weinbaulichen Verbände in der Forderung, dass Brachejahre in der Bewirtschaftung gefördert werden müssen, da sich dies positiv auf die Gesundheit der Reben und des Bodens auswirken kann und auch zu einer Entlastung des angespannten Weinmarkts beitragen kann.

Hauk

Minister für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz